

**Niederschrift**  
**zur Sitzung des Verbandsgemeinderats**  
**Montag, 07.11.2016, 19:30 Uhr**

Öffentliche Sitzung des Rats .....	1
1. Niederschrift der letzten Sitzung .....	1
2. Anschaffung einer elektronischen Zeitmessanlage mit Funkkomponenten .....	2
3. Beratung und Beschlussfassung über die Mustergeschäftsordnung des Verbandsgemeinderates .....	3
4. Nachtragshaushalt 2016 .....	3
5. Wirtschaftsplan II/2016 Betriebszweig Wasserversorgung .....	3
6. Wirtschaftsplan II/2016 Betriebszweig Abwasserversorgung .....	4
7. Sponsoringleistungen, Spenden und Schenkungen .....	5
8. Antrag der Gemeinden Berndroth und Rettert im Rahmen der Breitbandversorgung .....	5
9. Kommunal- und Verwaltungsreform .....	6
10. Einwohnerfragestunde .....	6
11. Verschiedenes, öffentlich .....	6

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Beigeordneten, die anwesenden Ratsmitglieder sowie Dagmar Schweickert von der Rhein-Lahn-Zeitung.

Er stellt fest, dass mit Schreiben vom 18.10.2016 form- und fristgerecht zur Sitzung eingeladen wurde.

Herr Gemmer stellt den Antrag, die Tagesordnung um zwei weitere Punkte zu erweitern. Nach dem Punkt 10 wird die Tagesordnung um den Punkt „Verschiedenes, öffentlich“ erweitert. Des Weiteren wird nach dem nichtöffentlichen Teil nochmals ein öffentlicher Teil eingeschoben. Hierbei sind die Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil bekannt zu geben.

**Beschluss: Einstimmig**

ÖFFENTLICHE SITZUNG DES RATS

1. Niederschrift der letzten Sitzung

Die Niederschrift der Sitzung vom 19.09.2016 ist mit Schreiben vom 04.10.2016 versandt worden. Die Niederschrift bedarf keiner förmlichen Genehmigung.

Nach § 41 der Gemeindeordnung (GemO) entscheidet der Rat über Einwendungen gegen die Niederschriften. Einwendungen sind spätestens bei der nächsten Sitzung vorzubringen.

Zum Tagesordnungspunkt 16 der Sitzung vom 19.09.2016, ist zu verändern, dass der Beschluss nicht einstimmig, sondern bei einer Enthaltung erfolgte.

Gegen die Niederschrift werden keine weiteren Anregungen und Bedenken vorgebracht.

Sie wird vom Verbandsgemeinderat genehmigt.

**Beschluss: 18 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung**

## 2. Anschaffung einer elektronischen Zeitmessanlage mit Funkkomponenten

Der Vorsitzende berichtet dem Rat, dass die Verbandsgemeinde Diez einer Kostenaufteilung für die Anschaffung der Zeitmessanlage von 2/3 zu 1/3 nicht zustimmt. Die Kosten sollen zu je 50 % von beiden Verbandsgemeinden getragen werden.

Diesbezüglich fand am 03.11.2016 ein Gespräch mit den Vertretern der LG Einrich statt. Für die LG Einrich soll ein Förderverein gegründet werden. Dies dürfte ggf. zu einer Reduzierung der zu tragenden Kosten führen.

Die Mittel für die Sanierung der Sportanlage sind aufgebraucht. Damit steht kein Budget mehr zur Anschaffung der Zeitmessanlage zur Verfügung. Aufgrund der vom Verbandsgemeinderat beschlossenen Prioritätenliste und der Budgetbindung kann zunächst keine Zeitmessanlage mehr beschafft werden. Dennoch soll, weil die Anlage auch von den Schulen genutzt wird, eine Lösung gefunden werden.

Eine solche Anlage kann auch gemietet werden. Der TV Bad Ems vermietet sein Gerät z.B. für 250 € zzgl. 50 € für den anwesenden Bediener pro Tag. Es soll im Rahmen eines solchen Mietverhältnisses geprüft werden, wie oft die Anlage auf der Sportanlage benötigt wird.

Horst Klöppel, Fraktionssprecher der CDU, teilt mit, dass sich seine Partei gegen die Vereinbarung mit der Verbandsgemeinde Diez ausspricht und empfiehlt die Erfahrungssammlung auf Mietbasis.

Thomas Burgard, SPD, befürwortet die Miete und stellt sie als vernünftige Lösung dar.

Markus Schmittel, Fraktionsmitglied der FWG, schließt sich seinen Vorrednern an.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt von einer gemeinsamen Beschaffung mit der Verbandsgemeinde Diez abzusehen.

**Beschluss: Einstimmig**

### 3. Beratung und Beschlussfassung über die Mustergeschäftsordnung des Verbandsgemeinderates

Bürgermeister Gemmer verweist auf das Inkrafttreten des Landesgesetzes zur Verbesserung direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene (LGVDiBakE) zum 01.07.2016. Diesbezüglich sind entsprechende Anpassungen der Mustergeschäftsordnung (MGeschO) erforderlich. Die neu zu beschließende MGeschO wurde mit der Einladung an die Ratsmitglieder übermittelt.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt die neue Mustergeschäftsordnung für die Gemeinderäte, mit der Maßgabe, dass der § 26 Abs. 4 folgende Fassung erhält:

„Die Niederschrift soll jedem Ratsmitglied spätestens einen Monat nach der Sitzung schriftlich oder elektronisch zugeleitet werden, § 2 Abs. 1 a gilt sinngemäß.“

**Beschluss: Einstimmig**

### 4. Nachtragshaushalt 2016

Vor Sitzungsbeginn wurde zu diesem Tagesordnungspunkt eine Tischvorlage verteilt. Die Vorlage ist dieser Niederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende erteilt dem Leiter der Finanzabteilung, Herr Dirk Roßtäuscher, das Wort. Dieser erläutert und erklärt alle einzelnen Positionen des Nachtragshaushaltes aus der den Ratsmitgliedern vorliegenden Vorlage.

Der Fraktionssprecher der CDU, Horst Klöppel, lobt das positive Ergebnis.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt den Nachtragshaushalt 2016.

**Beschluss: Einstimmig**

### 5. Wirtschaftsplan II/2016 Betriebszweig Wasserversorgung

Der kfm. Werkleiter erläutert, dass im Erfolgsplan die Erträge um 800 Euro vermindert wurden, was Ausfluss aus mehreren kleineren Anpassungen im Wirtschaftsplan ist.

Die Aufwendungen im Erfolgsplan wurden um 16.200 Euro erhöht. Die größten Veränderungen lagen hier im Bereich der Unterhaltungsaufwendungen Hochbehälter und Pumpstationen (+5 T€) sowie in der Unterhaltung des Leitungsnetzes (+6 T€).

Der Personalaufwand sowie die Abschreibungen wurden nicht verändert. Im sonstigen betrieblichen Aufwand wurde der Verwaltungskostenbeitrag um 5 T€ erhöht und damit an die Vorjahreswerte angepasst.

Somit werden im Wirtschaftsplan II/2016 die Erträge mit 1.169.200 Euro bei Aufwendungen von 1.167.200 Euro festgelegt und mithin ein Gewinn von 2.000 Euro ausgewiesen.

Der Vermögensplan schließt im Wirtschaftsplan II/2016 mit 623.000 Euro in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen ab und wurde somit gegenüber dem Ursprungsplan um 80.000 Euro erhöht.

Die Investitionen wurden hier auf das für 2016 tatsächlich anfallende Volumen verändert und um 57.000 Euro erhöht. Die einzelnen Anpassungen wurden erläutert und vorgestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt den Wirtschaftsplan II/2016 Betriebszweig Wasserversorgung.

**Beschluss: Einstimmig**

## 6. Wirtschaftsplan II/2016 Betriebszweig Abwasserversorgung

Hierzu führt der kfm. Werkleiter aus, das der Wirtschaftsplan II/2016 im Erfolgsplan mit Erträgen in Höhe von 2.418.000 Euro und Aufwendungen von 2.289.400 Euro veranschlagt ist. Es wird somit ein Gewinn von 128.600 Euro ausgewiesen.

Die Erträge wurden um 2.800 Euro und die Aufwendungen um 17.600 vermindert. Bei den Aufwendungen liegen die größten Veränderungen in der Unterhaltung Leitungsnetz (- 20 T€), dem Unterhaltungsaufwand Pumpstationen (+ 30 T€) sowie dem Unterhaltungsaufwand KA Hasenbachtal II (- 5 T€).

Die Abschreibungen wurden um 11 T€, die sonst. Aufwendungen um 7,1 T€ und der Zinsaufwand um 3 T€ vermindert.

Der Vermögensplan schließt in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen mit 1.707.000 Euro ab. Dies stellt gegenüber dem Ursprungsplan eine Verminderung der Ansätze um 231.000 Euro dar. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Anpassung der Investitionen (- 229 T€) an die für 2016 tatsächlichen Gegebenheiten.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt den Wirtschaftsplan II/2016 Betriebszweig Abwasserversorgung.

**Beschluss: Einstimmig**

## 7. Sponsoringleistungen, Spenden und Schenkungen

Es liegen keine Spenden/Zuwendungen vor.

Bürgermeister Gemmer berichtet, dass einige Unternehmen das Projekt „Familie sind wir“ durch Spenden unterstützt haben.

Dieses Projekt wird durch ESF-Mittel gefördert. Leider hat die mittelbewilligende Stelle mitgeteilt, dass von den angedachten 24 Koordinationsstellen nur 4 verwirklicht wurden. Somit wurde das angestrebte Ziel nicht erreicht und eine weitere Förderung aus ESF-Mitteln ab 2017 scheint nicht möglich. Allerdings läuft bereits der Antrag für ein Mehrgenerationenhaus.

## 8. Antrag der Gemeinden Berndroth und Rettert im Rahmen der Breitbandversorgung

Die Ortsgemeinden Berndroth und Rettert beantragen einen Kostenausgleich der aus eigenen finanziellen Mitteln hergestellten DSL-Versorgung durch die Telekom in den Jahren 2012/2013.

Der Vorsitzende sieht derzeit leider keine Möglichkeit, dem Antrag der beiden Ortsgemeinden aus VG-Mitteln stattzugeben. Er erkennt an, dass durch die schnelle Entwicklung im Bereich der Breitbandversorgung sich die politischen Beschlüsse der beiden Ortsgemeinden schnell überholt haben und dass die beiden OG's erhebliche finanzielle Anstrengungen unternommen haben um ihren Bürgern eine schnelle Internetversorgung zu bieten. Er verweist ebenfalls auf die hierbei geleistete Unterstützung der VG-Werke.

Horst Klöppel, Fraktionssprecher der CDU, merkt an, dass diese Kosten nicht mit den Umlagen beglichen werden können, da andere Ortsgemeinden dadurch im Nachteil sind.

Ingo Brod, FWG, berichtet, dass die Telekom ein neues Verfahren, „Vectoring“, anbietet. Hierbei werden neue Techniken in die Verteilerkästen eingebaut, welche Störungen ausgleichen und eine schnellere Geschwindigkeit ermöglichen sollen. Er schlägt vor, die bestehenden Leitungen in den Ortsgemeinden Berndroth und Rettert damit aufzurüsten.

Büroleiter Stefan Nickel wird die Kosten und die Möglichkeiten für die Umrüstung ermitteln.

Jörg Denninghoff, Fraktionssprecher der SPD, merkt an, dass eine Ausgleichszahlung lediglich angedacht war und das der gesamte Betrag nicht zurückgefordert werden kann und nicht relevant ist, da die Verbandsgemeinde bereits durch den Einsatz der VG-Werke einen Teil der Leistung übernommen hat.

Er bittet um eine genaue Aufstellung dieser Leistungen und einen Vergleich mit den angeforderten Kosten.

## 9. Kommunal- und Verwaltungsreform

Der Vorsitzende berichtet, dass bisher 19 Ortsgemeinden der Absichtserklärung zur freiwilligen Fusion mit der VG Hahnstätten zugestimmt haben. Dies ergibt einen Anteil von 84,3 % der Einwohner der VG.

Bei der Verbandsgemeinde Hahnstätten wird das gesetzlich notwendige Quorum sicher auch erreicht werden.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass dies noch keine Entscheidung zu einer freiwilligen Fusion ist. Hier bleibt abzuwarten, wie die einzelnen Ortsgemeinden in den beiden VG's im Frühjahr 2017 entscheiden werden.

Des Weiteren verweist der Vorsitzende auf die am 17. November stattfindende gemeinsame Sitzung des Ältestenrates Katzenelnbogen und des KVR- Ausschusses Hahnstätten.

## 10. Einwohnerfragestunde

Nach § 21 der Geschäftsordnung findet vor dem nichtöffentlichen Teil einer Sitzung des Verbandsgemeinderats eine Einwohnerfragestunde statt.

Es sind keine Einwohner anwesend.

## 11. Verschiedenes, öffentlich

Harald Gemmer, Bürgermeister, informiert die Anwesenden zum Sachstand Windkraftanlage.

Die Erkundungsbohrungen im Bereich Brunnen Klingelbach II (Streitheck) wurden durchgeführt. Das Ergebnis liegt noch nicht schriftlich vor, soll aber lt. Herrn Kreuzberger positiv für die Projektierung sein. Hinsichtlich einer möglichen Entscheidung durch die KV Bad Ems hat Herr Kreuzberger seinen Rechtsbeistand eingeschaltet, welcher nun auch auf mögliche Schadensersatzansprüche hinweist. Es kann derzeit noch nicht abschließend eingeschätzt werden, ob die geplante Fortschreibung des LEP IV Auswirkungen auf unsere Projektierung haben wird (Abstand um Hof Bleidenbach), da zwar schon jetzt Handlungsempfehlungen an die Genehmigungsbehörden gegeben werden, aber sich die Fortschreibung noch nicht im formellen Verfahren befindet.

Herbert Eckhard, Fraktionsmitglied CDU, erkundigt sich, ob es eine Deadline gibt und ob eine Fristverlängerung beantragt werden kann.

Der Vorsitzende klärt auf, dass die Baugenehmigung in 2016 erteilt werden muss.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Wehrführer-Dienstversammlung, welche am 08.11.2016 stattfinden sollte, abgesagt wurde.

Peter Schleenbecker, Fraktionsmitglied der SPD, erkundigt sich nach dem aktuellen Stand bezüglich der Baustelle des MVZ.

Hans-Joachim Schaefer, 1. Beigeordneter, berichtet, dass auf Grund eines Wasserrohrbruchs und den damit verbundenen Maßnahmen der geplante Umzug verschoben wurde. Er kündigt an, dass der Umzug für die nächste Woche angesetzt ist.

Katzenelnbogen, den 09.11.2016

Harald Gemmer  
Bürgermeister

Janessa Pelk  
Schriftführerin